

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 459.11 / 25.08.2011

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – Fördermittel aus dem Sozialvertrag II

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

Das Land darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen

Wir haben in Schleswig-Holstein 114 ambulante Suchthilfeeinrichtungen. 52 davon wurden bisher im Rahmen des Sozialvertrages II vom Land finanziell unterstützt. CDU und FDP haben diese Mittel gekürzt und angekündigt, sie zum 1.1.2012 zu kommunalisieren.

Nun sind wir Grüne große Anhänger starker Kommunen, die die Daseinsvorsorge gewährleisten. Dazu müssen die Kommunen allerdings auch finanziell in der Lage sein. Und dass sie das nicht sind, dürfte uns allen bekannt sein.

Wir Grüne wollen kein Kompetenzgerangel und keinen Verschiebepbahnhof bei den Kosten für die Suchtkrankenhilfe. Wir wollen, dass das Land mit den Kommunen auf Augenhöhe zusammenarbeitet.

Die Ausführung mag Sache der Kommunen sein. Das Land darf sich aber nicht schlagartig aus der Verantwortung stehlen.

Wenn es Verkehrsprojekte geht, will die Landesregierung alles und tut so, als hätte sie von einer Schuldenbremse nie gehört. Wenn es um soziale Einrichtungen oder Bildung geht, dann sagt die Landesregierung: Wir haben eine Schuldenbremse. Wir sparen und machen den Rücken gerade. Das Problem ist nur: Sie machen gleichzeitig die Augen zu.

Sie machen die Augen zu und deswegen sehen Sie Ihren Fehler nicht. Es ist ein Fehler, beim Sozialvertrag II schlagartig den Geldhahn zuzudrehen. Es ist schlecht für die Suchtkranken und die MitarbeiterInnen der Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe. Und die Folgekosten werden um ein Vielfaches höher sein. Da sind sich alle ExpertInnen einig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 17. Mai 2011 wurde der Suchtbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Der regelmäßige Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen geht demnach erfreulicherweise zurück. Dennoch gibt es nach wie vor eine erhebliche Drogenproblematik in unserer Gesellschaft.

Alkohol, insbesondere Komasaufen, Nikotin und übermäßiger Internetkonsum können zu Krankheit und Abhängigkeit führen. Und daher brauchen wir auch ein flächendeckendes Angebot der Suchtkrankenhilfe. Suchterkrankungen gehen quer durch alle Gesellschaftsschichten – sie gehen uns alle an. Wir begrüßen daher den Antrag der Kollegin Jansen.
